BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM RAT DER STADT HAGEN

An die
Vorsitzende des Schulausschusses
Frau Ellen Neuhaus

19.01.2016

- im Hause -

Sehr geehrte Frau Neuhaus,

bitte nehmen Sie für die heutige Sitzung des Schulausschusses gem. § 16 (1) GeschO die folgenden Änderungsanträge zum TOP I.2. „Auswertung der Elternbefragung zur Schulentwicklungsplanung“ auf:

1. Änderungsantrag zum Verfahren:
Die Teilnahme der Realschule Haspe am Anmeldeverfahren und die Teilnahme der Hauptschule Geschwister Scholl am Anmeldeverfahren sind getrennt voneinander als jeweils einzelne Beschlusstexte abzustimmen.

Begründung:
Als unmittelbare Folge der Elternbefragung lässt sich nur eine Entscheidung über die Realschule Haspe ableiten. Über die Fortführung der Hauptschule Geschwister Scholl haben die befragten Hasper Eltern nicht abgestimmt. Anders als die Verwaltung durch ihre verbundene Beschlussformulierung unterstellt, besteht zwischen beiden Themen kein unmittelbarer Zusammenhang. Man kann politisch dem geäußerten Elternwillen bezüglich der Realschule folgen, ohne daraus zwingend Folgen für den Fortbestand von Hauptschulen zu ziehen. Ein differenziertes Abstimmungsverhalten muss möglich sein.

2. Änderungsantrag zum Inhalt:
Der Beschlussvorschlag zur Teilnahme der Hauptschule Geschwister Scholl am Anmeldeverfahren ist durch die folgenden Beschlussvorschläge zu ersetzen:

a) Die Hauptschule Ernst Eversbusch ist auslaufend zu beschließen.
b) Für die zukünftige Aufnahme zu erwartender Schulformwechsler erarbeitet die Verwaltung ein Konzept unter vorrangiger Einbeziehung der vorhandenen integrativen Systeme.

Begründung:
Zu a) Die Elternbefragung in Haspe ist mit einer verschwindend geringen Anmeldeprognose eindeutig ein Votum gegen die Hauptschule. Es ist nicht einzusehen, dass hinsichtlich der Realschule Haspe dem erklärten Elternwillen gefolgt werden soll, während hinsichtlich der Schulform Hauptschule das exakte Gegenteil gefolgert wird.

Zu b) Für Kinder, die von der Realschule „abgeschult“ werden, besteht auch ohne Weiterbetrieb von Hauptschulen die Möglichkeit, an den integrativen Systemen Sekundarschule und Gesamtschule den entsprechenden Bildungsabschluss am Ende der Sekundarstufe 1 zu erwerben. Hierfür ist ein ausreichendes Angebot an Schulplätzen zu schaffen. In den in Rede stehenden Bezirken Haspe und Nord wäre z.B. die Einrichtung von Dependancen der bestehenden Gesamtschulen an den heutigen Hauptschulstandorten eine gute Alternative zum Weiterbetrieb der Hauptschule.

Mit freundlichen Grüßen

f.d.R.
Hubertus Wolzenburg
Fraktionsgeschäftsführer

Helga Heukeroth
Mitglied des Schulausschusses